

Stellungnahme

Eingebracht von: Stifter, Beatrix

Eingebracht am: 17.09.2020

Ich erhebe nachdrückliche Einwendungen gegen diesen Gesetzesentwurf bezüglich der COVID 19 Massnahmen, der behörderliche Willkür ermöglicht und mit unseren demokratischen Werten und unserer Verfassung nicht vereinbar ist.

Für mich undenkbar, dies in unserem demokratischen und bisher als frei wahrgenommenen Land zu ermöglichen!

Fakten sind,

- dass es keine erhebliche Übersterblichkeit in Österreich gegeben hat
- keine Überlastung des Gesundheitssystems gegeben hat bzw. annähernd zu befürchten ist
- unser Gesundheitssystem in den letzten Monaten so viel schlechter geworden ist durch die COVID Orientierung und die dadurch entstandenen Schäden bzw. auch indirekten Todesfälle nie gezählt wurden
- Eigenverantwortung vor dem Niedergang der Wirtschaft kommen muss und vor dem Bestand unseres bisher funktionierendem Austausch von Werten und Gütern
- 85 % der angeblich finizierten haben keine Symptome, sind also NICHT krank und machen nur Wind für die Statistik
- wenn in normalen Grippezeiten jeder einen Rachenabstrich machen hätte müssen, wären auch Virenbruchstücke bei sonst gesunden gefunden worden- das sagt wenig aus.
- weitere wirtschaftsschädigende bzw. einschränkende Maßnahmen richten unser Land zugrunde und Sie sind dann dafür verantwortlich;
- die Regierung ist in diesem Fall auch verantwortlich für die daraus entstehenden Unruhen und Proteste, die nicht überhört werden dürfen!!
- COVID Todeszahlen dürften nur mit anderen Todeszahlen im gleichen Zeitraum, also in einem vergleichbaren Rahmen veröffentlicht werden, um Bürgern eine realistische Einschätzung von "Gefährdung" zu ermöglichen. Das geschieht offenbar bewusst nicht.
- die Information zur Sterbe- und Krankheitsstatistik ist einseitig und manipulativ
- die amerikanische Seuchenbehörde hat ihre Zahlen der COVID-19 Todeszahlen massiv nach unten korrigiert.
- kranke Menschen (mit Symptomen) und symptomlose positive müssten genau differenziert werden, wenn schon Statistik
- allgemeine Ausgangsbeschränkungen dürfen nie wieder beschlossen werden, zu tiefer Eingriff in Freiheitsrechte, unter dem falschen Deckmantel von angeblichen Schutz, die Eigenverantwortung muss mehr belassen werden, auch älteren Menschen.